

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Drucksache 17/4517

Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Kriminalitätsschwerpunkten (Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und des Polizeigesetzes)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Drucksache 17/4517 – abzulehnen.

14.6.2023

Der Berichterstatter:

Christian Gehring

Der Vorsitzende:

Ulli Hockenberger

Bericht

Der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen behandelt den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Kriminalitätsschwerpunkten (Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und des Polizeigesetzes) – Drucksache 17/4517 – in seiner 20. Sitzung am 14. Juni 2023, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand.

Ein Abgeordneter der Fraktion der AfD erklärt, in der ersten Beratung im Plenum habe ihn verwundert, dass die anderen Fraktionen den Gesetzentwurf offenbar nicht genau gelesen hätten. Sie hätten nämlich ihre ablehnende Argumentation auf die Behauptung gestützt, die AfD würde verlangen, dass männliche, erwachsene Flüchtlinge sich überhaupt nicht in einem Umkreis von 500 m von öffentlichen Einrichtungen und Sport- und Spielanlagen, in denen sich bevorzugt Kinder und Jugendliche aufhielten, aufhalten dürften. Das treffe nicht zu; vorgesehen sei in diesem Gesetzentwurf jedoch, dass in einem entsprechenden Radius von 500 m keine Unterbringungseinrichtungen stehen dürften. Angesichts dessen bitte er um eine faktenorientierte weitere Beratung.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bringt zum Ausdruck, seine Fraktion lehne den höchst problematischen und fremdenfeindlichen Gesetzentwurf aus voller Überzeugung ab.

Ausgegeben: 23.6.2023

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE schließt sich an und erklärt, sie halte den Gesetzentwurf der AfD für vorurteilsbehaftet, stigmatisierend und menschenverachtend.

Der Gesetzentwurf verfällt mehrheitlich der Ablehnung.

20.6.2023

Gehring